



Petition 189588

Außenpolitik - Wirksamer Schutz des Christentums

Text der Petition

Ziel der Petition ist der wirksame Schutz des Christentums, die meistverfolgte religiöse Gruppe der Welt, die Sicherung grundlegender Menschenrechte und die Stärkung globaler Religionsfreiheit. Durch abgestimmte internationale Zusammenarbeit kann Verfolgung eingedämmt und betroffenen Gemeinschaften langfristig Sicherheit, Würde und Zukunftsperspektiven ermöglicht werden.

Begründung

1. Ausgangslage

In vielen Regionen der Welt sind Christinnen und Christen massiver Diskriminierung, Gewalt und Vertreibung ausgesetzt. Nach Angaben von Open Doors leben 2025 über 380 Millionen Gläubige in Ländern mit hoher oder extremer Verfolgung. Besonders betroffen sind Teile Afrikas, des Nahen Ostens und Südasiens, wo Kirchen zerstört, Menschen verschleppt und religiöse Aktivitäten kriminalisiert werden.

2. Humanitäre Situation

In Konflikt- und Krisengebieten fehlt es an grundlegender humanitärer Versorgung. Lokale Gemeinden leiden unter mangelndem Zugang zu Nahrungsmitteln, medizinischer Hilfe und Bildung. Angriffe auf Hilfskonvois, Kirchen und Krankenhäuser verschärfen die Lage zusätzlich. Internationale Hilfsorganisationen berichten von zunehmenden Sicherheitsrisiken und eingeschränktem Zugang zu betroffenen Regionen.

3. Internationale Rahmenbedingungen

Berichte des Pew Research Center und der United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF) zeigen eine weltweite Zunahme von staatlichen Restriktionen und gesellschaftlicher Feindseligkeit gegenüber religiösen Minderheiten. In vielen Ländern fehlen funktionierende Schutzmechanismen und Rechtsstaatlichkeit, um Betroffene effektiv zu schützen.

4. Notwendige Maßnahmen

Zum Schutz verfolgter Christinnen und Christen sind koordinierte Maßnahmen auf humanitärer, diplomatischer und sicherheitspolitischer Ebene erforderlich.

Dazu zählen:

- die Ausweitung humanitärer Hilfe und Wiederaufbauprogramme,
- der Aufbau international abgestimmter Schutzkorridore und Evakuierungsmechanismen,
- die Unterstützung lokaler Sicherheitsstrukturen unter menschenrechtlichen Vorgaben,
- sowie die Einführung von Monitoring-Systemen zur Dokumentation religiöser Verfolgung.

5. Rechtlicher Rahmen

Schutzmaßnahmen müssen völkerrechtlich legitimiert und auf den Schutz von Zivilpersonen ausgerichtet sein. Militärische Unterstützung darf ausschließlich im Rahmen eines UN- oder vergleichbaren internationalen Mandats erfolgen. Transparenz, internationale Kontrolle und die Achtung der Menschenrechte sind zentrale Voraussetzungen.